



## Was der neue Senat jetzt anpacken muss

### DPolG fordert „Sondervermögen“ von 100 Millionen Euro für die Polizei

Hamburg hat gewählt und trotz spürbarer Verluste für die bisherigen Regierungsparteien werden SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihre Koalition in Hamburg fortsetzen. Die **Deutsche Polizeigewerkschaft** erwartet, dass beide Koalitionsparteien ihre vor der Bürgerschaftswahl gemachten sicherheitspolitischen Zusagen einhalten und die Gewährleistung der inneren Sicherheit unserer Stadt priorisieren. Jetzt muss es darum gehen, Erkenntnisse in konkretes politisches Handeln umzusetzen!



derung der digitalen Kompetenz sind entscheidende Faktoren für die erfolgreiche Integration moderner Technologien in die Polizeiarbeit, hierfür sind E-Learning-Portale ein Baustein in der Aus- und Fortbildung. Die Digitalisierung verändert das Berufsbild Polizei erheblich, daher ist es unerlässlich, die digitale Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv zu fördern. Das umfasst nicht nur den Umgang mit neuer Hardware, sondern auch das Verständnis für Datenanalyse, Cybersicherheit und digitale Ermittlungstechniken. Die Polizei investiert in Drohnen, Drohnenabwehr und

#### Dazu bedarf es Personal und (mehr) Geld

Die **DPolG Hamburg** fordert den zukünftigen Hamburger Senat auf, in der aktuellen Legislaturperiode einen zusätzlichen Investitionshaushalt für die Polizei in Höhe von 100 Millionen Euro für die kommenden fünf Jahre zu beschließen und in die Hamburgische Bürgerschaft als Gesetzesvorlage einzubringen. Das Finanzpaket soll ausschließlich dem Sachmittelhaushalt der Polizei zur Verfügung stehen und unter anderem folgende Investitionen ermöglichen beziehungsweise Projekte finanziell verstärken, um polizeiliche Standards qualitativ deutlich zu verbessern und dringend erforderliche Innovationen voranzutreiben.

#### Was soll zum Beispiel finanziert werden?

Für die **DPolG Hamburg** ist eine durchgreifende und umfassende Entbürokratisierung der Polizeiarbeit eine zwingende Voraussetzung, um die Effizienz der Polizei wirksam zu erhöhen und auch dem Fachkräftemangel zu begegnen. Die gesamte interne und externe Vorgangsfertigung gehört auf den Prüfstand. Überflüssiges wird gestrichen, Notwendiges digitalisiert. Des Weiteren: Fortentwicklung des „Funkstreifenwagens der Zukunft“, die Peterwagen müssen eine vollumfängliche polizeiliche Datenverarbeitung und Vorgangsfertigung ermöglichen, Tablets auf allen Dienstfahrzeugen und MobiPol-Geräte für alle Polizeibeamten werden Standard. Der Ausbau der IT-Infrastruktur und der digitalen Forensik wird priorisiert. E-Learning-Anwendungen bereitstellen: Die kontinuierliche Weiterbildung und För-

derung der digitalen Kompetenz sind entscheidende Faktoren für die erfolgreiche Integration moderner Technologien in die Polizeiarbeit, hierfür sind E-Learning-Portale ein Baustein in der Aus- und Fortbildung. Die Digitalisierung verändert das Berufsbild Polizei erheblich, daher ist es unerlässlich, die digitale Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv zu fördern. Das umfasst nicht nur den Umgang mit neuer Hardware, sondern auch das Verständnis für Datenanalyse, Cybersicherheit und digitale Ermittlungstechniken. Die Polizei investiert in Drohnen, Drohnenabwehr und technische Videobeobachtung, um unter anderem den Objektschutz personell zu entlasten. Notwendige Investitionen in Einsatzmittel und Ausrüstungsgegenstände werden nicht länger aufgeschoben, dazu gehören neben Dienstfahrzeugen mit unterschiedlichen Antriebsarten selbstverständlich auch Dienstpferde und Diensthunde. Die Sanierung und Modernisierung von Dienstgebäuden werden zügig in Angriff genommen. Für die Unterbringung von Nachwuchskräften während der Ausbildung und des Studiums werden kostengünstige Unterkünfte bereitgestellt. Erforderliche Investitionen in die Beschaffung und Entwicklung moderner sowie alltagstauglicher Dienstbekleidung und in die persönliche Ausrüstung von Polizeibeschäftigten erfolgen prioritär nach Bedarf und nicht nach Haushaltskasse. Diese Beispiele lassen sich fortsetzen.

Dazu Landesvorsitzender Thomas Jungfer: „Wir leben in einer Welt des Umbruchs, des Wandels und der rauer werdenden Zeiten. Viele Menschen sind angespannt und gereizt, die persönliche ‚Zündschnur‘ wird kürzer und meine Kolleginnen und Kollegen spüren dies auf der Straße und im täglichen Umgang zuerst. Innere Sicherheit ist mehr als die jährlich ausgeworfenen Kennzahlen der polizeilichen Kriminalstatistik oder die Häufigkeitszahl von Straftaten je 100.000 Einwohner. Die Kriminalitätsfurcht und das daraus resultierende subjektive Sicherheitsgefühl sind für die Menschen relevanter. Es ist an der Zeit, dass die Politik zusätzlich in die innere Sicherheit unserer Stadt investiert. Nach meiner Auffassung sind weitere Ausgaben, vor dem Hintergrund der technischen Möglichkeiten auf der einen Seite und dem Rückgang der für die Polizei geeigneten Bewerberinnen und Bewerber auf der anderen Seite, nicht nur geboten, sondern unerlässlich. Im Gegensatz zum Bund muss Hamburg für das über fünf Jahre gestreckte, zusätzliche Finanzpaket von 100 Millionen Euro keine Schulden machen. Allein für das Jahr 2024 erhält Hamburg 200 Millionen Euro Dividende aus der Beteiligung an Hapag-Lloyd. Ein Zusatzaushalt für die Polizei ist machbar und die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Polizei sollte der Stadt 20 Millionen Euro jährlich wert sein.“

Der Landesvorstand

#### IMPRESSUM

Redaktion:  
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)  
Erdkampsweg 26  
22335 Hamburg  
Tel.: 040.482800  
Fax: 040.25402610  
Mobil 0175.3644284  
E-Mail: FRHamburg@gmx.de

Fax: 040.254026-10  
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de  
Geschäftszeit: Montag bis  
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,  
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr

Fotos: Frank Riebow,  
DPolG Hamburg  
ISSN 0723-2230

Landesgeschäftsstelle:  
Holzdammer 18, 20099 Hamburg  
Tel.: 040.254026-0



# An KI führt kein Weg mehr vorbei

## Erfolgreiches DPoIG-Seminar: Künstliche Intelligenz im Polizeialltag

Es ist noch nicht allzu lange her, da wurde Künstliche Intelligenz oder besser KI plötzlich zum universellen Alltagsthema und medial gehypt wie einst die T-Aktie. Es war im November 2022 als ChatGPT, ein Chatbot des amerikanischen Unternehmens OpenAI, offiziell auf den Markt kam und faktisch über Nacht weltweit zur Verfügung stand. Die Grundlage von ChatGPT ist ein Large Language Modell. Dabei handelt es sich um ein sehr leistungsfähiges Sprachmodell, das mit einer Vielzahl von Texten trainiert wurde. Nur zwei Monate nach seinem Start wurde ChatGPT bereits von 100 Millionen Menschen genutzt. OpenAI gelang es daraufhin, einen Zehn-Milliarden-Dollar-Deal mit Microsoft an Land zu ziehen – Big Business. Dort wird die Technologie in die Suchmaschine Bing und in das Microsoft-Office-Paket integriert. Heute ist KI medial omnipräsent. Man könnte zur Auffassung gelangen, dass KI eine Erfindung dieses Jahrhunderts sei. Dem ist nicht so, aktuell ernten wir die Früchte der wissenschaftlichen Errungenschaften, deren Anfänge bis in die 1950er-Jahre zurückreichen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des überall zu spürenden Arbeitskräfte- und insbesondere Fachkräftemangels wird KI immer bedeutender und spielt be-



© Frank Riebow (4)

Landesvorsitzender Thomas Jungfer und Marc-Ulrich Schipper, Fachbereichsvorsitzender Schutzpolizei (links), begrüßten die Seminarteilnehmer ganz herzlich.



Rund 60 Kolleginnen und Kollegen nahmen am Tagesseminar teil.

reits jetzt eine wichtige Rolle in der Arbeitswelt. Dies gilt selbstverständlich auch für die Strafverfolgungsbehörden und die Justiz in Bund und Ländern. Aus diesem Grund entschied sich der Fachbereich Schutzpolizei der **DPoIG** ein Tagesseminar zu veranstalten und KI in den Fokus zu rücken. Das Seminar stieß auf ein solch großes Interesse unserer Mitglieder, dass selbst der große Sitzungssaal in unserer Geschäftsstelle nicht für alle ausreichend gewesen wäre. Deshalb baten wir unseren Premiumpartner DebeKa, seine Räumlichkeiten in der Geschäftsstelle nutzen zu dürfen. Ein herzliches Dankeschön an die DebeKa und Geschäftsstellenleiter Dirk Lausen für die erneute Unterstützung und Gastfreundschaft. Als Referenten gelang es der **DPoIG**, Patrick Ney zu gewinnen. Er ist in Hannover Sachgebietsleiter Innere Dienste und Digitalisierung sowie Datenschutzkoordinator. Patrick Ney verfügt über detaillierte Kenntnisse und Expertise für KI in der öffentlichen Verwaltung. Er referierte in seinem kurzweiligen Vortrag über die Geschichte, den aktuellen Entwicklungsstand und die Zukunft von KI. Was ist unter KI wirklich zu verstehen? Welche Auswirkungen hat KI auf Arbeitsprozesse und die gesamte Arbeitswelt? Was be-

### KI und Sicherheit

#### DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt:

„Die Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus, Organisierter Kriminalität und irregulärer Migration darf nicht weiter verzögert werden. Hierfür müssen auch unsere Nachrichtendienste deutlich gestärkt und die technischen Befugnisse der Polizei ausgebaut werden. Moderne, KI-unterstützte Videotechnik kann nicht nur den Täter identi-

zieren, sondern mit Gesichtserkennung die Fluchtpunkte anzeigen, dokumentieren und die rasche Festnahme möglich machen. Es darf nicht länger zugesehen werden, wie unser Land in puncto innerer Sicherheit hinter den notwendigen Standards zurückbleibt.“

#### BKA-Präsident Holger Münch:

„Die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ist und bleibt ein weiterer Handlungs-

schwerpunkt des BKA. Wir dürfen hier nicht nachlassen, im Gegenteil. (...) Unabdingbar dafür ist es, unsere Fähigkeiten zu erweitern, etwa um kryptierte Kommunikation von Verbrechern besser als bislang überwachen zu können. Wir müssen uns befähigen, große Datenmengen oder angegriffene IT-Infrastrukturen zu analysieren. Dabei können Instrumente der Künstlichen Intelligenz helfen.“



Patrick Ney

geräte. Egal ob die Polizei einen Diebstahl aufklärt oder einen Mord. Beschlagnahmte Handys und Laptops bedeuten zugleich einen gigantischen Umfang von Daten. Die Verarbeitung dieser Daten kostet immense Arbeitszeit und gelingt oft nur begrenzt. KI kann hier einen Quantensprung für die Effizienz bedeuten und die Auswertung zukunftsfest machen. Die Einsatzmöglichkeiten von KI werden weiterwachsen und zur Routine gehören, deshalb ist es wichtig, dass die Sicherheitsbehörden am Start sind und diesen Weg von Beginn an mitgehen. Das Seminar war ein erster Schritt, um KI digital „begreifbar“ zu machen und den Kolleginnen und Kollegen nahezubringen. Ein herzliches Dankeschön geht an unseren Referenten Patrick Ney und an alle Teilnehmer, die mit Fragen und Beiträgen das Seminar zu einer lebendigen Veranstaltung werden ließen.

Fachbereich Schutzpolizei

deutet das für die Beschäftigten? Gefahren und Chancen durch die Einführung von KI, Künstliche Intelligenz in der Polizei Hamburg, Automatisierung administrativer Aufgaben: Berichterstellung, Dokumentation, Datenpflege und last, but not least, die Bekämpfung von Cybercrime, um nur einige Aspekte zu nennen. Der Einsatz von KI bei der Polizei kann vielfältig sein: Beispielsweise ist es möglich und wird bereits erfolgreich praktiziert, beim personalintensiven Objektschutz eine KI-basierte Videobeobachtung einzusetzen. Die Software reagiert auf bestimmte Bewegungsmuster. Zum Beispiel, wenn sich Menschen immer wieder vor dem Schutzobjekt hin- und herbewegen oder es auffallend lange beobachten. Dabei speichert das Programm keine Gesichter oder sonstigen Merkmale, sondern die Beobachtung läuft anonymisiert und verschlüsselt ab. Das System alarmiert erst, wenn es bestimmte problematische Bewegungsabläufe erkennt. Ein weiterer KI-Einsatz ist die Auswertung, Analyse und Verknüpfung von Daten beispielsweise mobiler End-



Debeka-Geschäftsstellenleiter Dirk Lausen ließ es sich nicht nehmen, unsere Kolleginnen und Kollegen persönlich zu begrüßen.

## Vlotho-Seminar 2025

Das diesjährige Vlotho-Seminar findet vom 19. bis zum 23. Mai 2025 statt. Interessierte Kolleginnen und Kollegen können sich noch jetzt anmelden und einen der begehrten Plätze sichern.

Das vielfältige Programm umfasst unter anderem die innere und äußere Sicherheit in Europa mit den Themenschwerpunkten: EU-Recht, Organisierte Kriminalität, Abfallwirtschaft und Umweltschutz, Kunstkriminalität, Artenschutz, Schwerlastverkehr, Gegenwarts- und Zukunftsfragen sowie Wirtschaftspolitik in Deutschland, der EU und in der Welt.

### Programm

#### 19. Mai:

- Anreise und Vorstellung, thematische Einführung
- Bekämpfung der Cyberkriminalität in Deutschland und der EU, Referent: Frank Doing, Polizei Bielefeld

#### 20. Mai:

- Fahrt nach Paderborn, Besuch im Heinz-Nixdorf-Museum, weltgrößtes Computermuseum, Führung: Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Informationstechnik

#### 21. Mai:

- Krisenkommunikation in der EU
- Kunstkriminalität in der EU, Referent: René Allonge, LKA Berlin

#### 22. Mai:

- Open Source Intelligence (OSINT), sicherheitsrelevante Informationen aus frei verfügbaren Quellen, Referentin: Anneliese Baas, Polizei Rheinland-Pfalz, KD Ludwigshafen
- Migrationsproblematik an den Außengrenzen der EU, Referent: Gino Stobrawe, Bundespolizei Kaiserslautern

#### 23. Mai:

- Wirtschaft in Deutschland, der EU und der Welt in Krisenzeiten, Referent: Dr. Gerhard Schüsselbauer,
- Abreise

Der Preis für Unterkunft (Einzelzimmer) und Vollverpflegung beträgt 250 Euro.

Anmeldungen ausschließlich via E-Mail an: [martina.karner@gesw.de](mailto:martina.karner@gesw.de) Veranstalter ist das Gesamteuropäische Studienwerk in Vlotho. Weiterführende Informationen: [www.gesw.de](http://www.gesw.de)



# Nächster Einsatzort? Hamburgische Bürgerschaft

## Gratulation an unsere Mitglieder Stefan Bereuter und Oktay Özdemir zur Wahl

Hamburg hat gewählt und irgendwie hat auch die **DPoIG Hamburg** gewonnen. 121 Sitze umfasst die Hamburgische Bürgerschaft und zwei dieser Plätze werden jetzt für mutmaßlich mindestens fünf Jahre von unseren Kollegen und **DPoIG**-Mitgliedern Stefan Bereuter und Oktay Özdemir besetzt. Für diesen großartigen Erfolg möchten wir von dieser Stelle aus ganz herzlich Stefan und Oktay gratulieren – klasse. Stefan hat für die CDU auf Listenplatz 28 kandidiert. Ihm ist es gelungen, mit einem grandiosen Wahlkampf 8.618 Personenstimmen auf sich zu vereinen und in die Bürgerschaft einzuziehen. Ebenso großartig war der Einsatz von Oktay Özdemir. Er kandidierte für die SPD auf Listenplatz 59, ihm gelang der Einzug in die Bürgerschaft mit 6.824 personenbezogenen Stimmen. Zuletzt war unser ehemaliger Landesvorsitzender, Joachim Lenders, bis zum Jahr 2020 CDU-Bürgerschaftsabgeordneter. Wir sind uns sicher, dass auch Stefan und Oktay, im Sinne aller Polizeibeschäftigten und der Polizei Hamburg, sicherheitspolitische und polizeiliche Themen platzieren und dabei die berechtigten Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen im Blick haben. Alles Gute für euch, viel Erfolg im Landesparlament und in euren Fraktionen.



Stefan Bereuter

Oktay Özdemir



# Vorgestellt: Martin Schütt, Personalrat

Seit dem November des vergangenen Jahres ist Martin Schütt freigestelltes Personalratsmitglied und verstärkt das Team. Der 57-Jährige ist seit 1988 Polizeibeamter in Hamburg und kann auf eine Vielzahl von Dienststellen und dienstlichen Verwendungen zurückblicken. Er war unter anderem Gruppenführer in der damaligen FD 9 (Bereitschaftspolizei) und nach dem erfolgreichen Studium (1996 bis 1999) war Martin an den Polizeikommissariaten 15, 23, 24, 25 und 36 zumeist als Dienstgruppenleiter (DGL) oder Vertreter eingesetzt. Seine schönste und intensivste Zeit war für ihn der Dienst an der Da-

vidwache. Hier konnte er nach eigenem Bekunden die polizeiliche Arbeit tiefer und komprimierter kennenlernen als zuvor. „Auch meine Zeit als DGL am PK 25 war in den Jahren seit 2016 mit sehr herausfordernden dienstlichen Situationen rund um die seinerzeit mit in der Spitze mehreren Tausend Menschen belegten Unterkunft für Flüchtlinge in der Schnackenburgallee ebenfalls sehr intensiv“, so Martin Schütt gegenüber dem Polizeispiegel. Seit 2018 verrichtete er Dienst im Fachstab der Schutzpolizei, zuletzt als Sachgebietsleiter, und nahm in der damit einhergehenden Aufgabe als Leiter Lagezentrum an diver-

sen FüSt-P-Einsätzen teil. Als Personalrat obliegt ihm in erster Linie die personalrätliche Betreuung der Polizeikommissariate 16, 17, 23, 24, 25, 26, 27 sowie der Dienststellen LBP 61 bis 64 sowie SP 3 und 4. Ihn motiviert für die personalrätliche und gewerkschaftliche Arbeit, helfender Ansprechpartner für die Kolleginnen und Kollegen zu sein. „Der Mensch darf gerade bei der Polizei nicht aus dem Mittelpunkt des Blickfeldes geraten. Ohne die Mühen und das häufig die systemischen Mängel kompensierende Verhalten der Kollegen würde der Laden an nicht wenigen Stellen zusammenbrechen“, stellte Martin Schütt klar.



Martin Schütt

Der Bramfelder ist in zweiter Ehe verheiratet und hat drei erwachsene Töchter. Wir wünschen Martin Schütt alles Gute für seine weitere personalrätliche Tätigkeit – viel Glück!

# Was läuft in der Verwaltung?

Von Beate Petrou, Vorsitzende Fachbereich Verwaltung

Im Fachbereich Verwaltung gibt es derzeit viele Themen, die gewerkschaftlich begleitet werden – Zeit für ein Update!



© DPoIG Hamburg

Beate Petrou

## Fehlerhafte Abrechnung im Schichtdienst – endlich Bewegung in der Sache

Ein Dauerthema, das viele beschäftigt, ist die Abrechnung aufgrund einer Änderung der Programmierung durch das ZPD für Kolleginnen und Kollegen im Schichtdienst. Seit der Umstellung zum 1. Juni 2023 (!) läuft die Berechnung von Urlaub und Stunden offenbar nicht korrekt – ein Ärgernis, das längst hätte behoben sein müssen. Nun scheint es endlich voranzugehen: Das Personalamt hat dazu eine neue Anweisung herausgegeben, die wir als **DPoIG Hamburg** ebenfalls prüfen. Es bleibt zu hoffen, dass durch die rückwirkenden Änderungen in eZeit zum 1. April 2025 nun alle Abrechnungen stimmen!

## Unstimmigkeiten bei den Kraftfahrern der LPV 224

Auch bei den Kraftfahrern der LPV 224 gibt es Klärungsbedarfe, insbesondere bei der Anwendung des Pkw-Fahrer-Tarifvertrags. Die Abrechnung der Stunden, Eingruppierungsmerkmale, Zulagen und die Dienstzeitregelung beispielsweise sorgen für Fragen. Die **DPoIG Hamburg** ist dazu im Gespräch mit der Dienststelle und den betroffenen Kolleginnen und Kollegen, um eine bestmögliche Lösung zu finden. Auch das Personalamt wird in die Verhandlungen einbezogen. Wir bleiben weiter dran.

## Neue Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung

Die Einstellungsoffensive des letzten Jahres hat erfreulicherweise für personelle Verstärkung in der Verwaltung gesorgt. Viele neue Kolleginnen und Kollegen sind nun Teil der Polizei und es gilt, sie gut zu integrieren. Im Bereich der straßenverkehrsbehördlichen Maßnahmen und der Kriminalassistenten wurde personell aufgestockt: Eine dringend benötigte Entlastung, die jedoch ebenfalls in anderen Organisationsbereichen auch erforderlich ist. Die Arbeitsdichte nimmt merklich zu und damit auch die Anzahl der Überlastungsanzeigen.

## Herausforderungen bei AiP-Neueinstellungen

Während in einigen Dienststellen Verstärkung angekommen ist, bleibt die Lage bei den AiP-Neueinstellungen problematisch. Es müssen dringend neue Wege gefunden werden – sei es durch finanzielle Anreize, attraktivere Rahmenbedingungen oder gezieltere Ansprache potenzieller Bewerber. Besonders im Objektschutz ist der Personalbedarf hoch, und jede unbesetzte Stelle bedeutet eine zusätzliche Belastung für die bereits eingesetzten Kolleginnen und Kollegen, sei es im Vollzug oder in der Verwaltung. Hier braucht es schnelle und effektive Lösungen und auch hier laufen bereits Gespräche auf mehreren Ebenen mit der **DPoIG Hamburg**.

## Projekte im Fokus – neue Arbeitswelten

Neben den täglichen Herausforderungen gibt es zahlreiche Projekte, die die Polizei – und damit auch unsere Gewerkschaft beschäftigen. Die hamburgweite elektronische Postbearbeitung (ePob), die Ablösung von ComVor durch das Projekt @rtus, die Veränderung der Einkaufsorganisation durch das Projekt NEO und die Einführung der digitalen Personalakte (DigiPa) sind nur einige Beispiele. Hinzu kommen diverse Change-Management-Prozesse, etwa im LKA (KWD), bei PERS oder in der IT. Eine moderne neue Arbeitswelt bringt viele Veränderungen mit sich, und wir als **DPoIG Hamburg** setzen uns dafür ein, dass diese zielführend und praktikabel umgesetzt werden.

## Personalentwicklung und Betriebliches Gesundheitsmanagement

Die Personalentwicklung in der Polizei wird sich künftig durch die Schaffung einer separaten Abteilung ebenfalls auf die Verwaltung konzentrieren – damit wird eine langjährige Forderung der **DPoIG Hamburg** umgesetzt. Besonders erfreulich ist ebenfalls die positive Entwicklung im Betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM), das zunehmend an Bedeutung gewinnt.

## Personalmangel im Landesbetrieb Verkehr

Auch im Landesbetrieb Verkehr gibt es personelle Defizite, die dringend behoben werden müssen. Besonders im Parkraummanagement ist der Mangel deutlich spürbar – geeignete Bewerber zu finden, bleibt eine große Herausforderung. Hinzu kommt die Abwanderung von Mitarbeitern in andere Behörden, was die Situation zusätzlich erschwert. Die **DPoIG Hamburg** setzt sich dafür ein, dass hier tragfähige Lösungen gefunden werden.

## Tarifverhandlungen im Blick

Auch bei den Tarifverhandlungen bleibt es spannend. Im Sommer stehen Gespräche zur sogenannten Hamburger Dienstleistungszulage an, bei denen die **DPoIG Hamburg** mit am Verhandlungstisch sitzt. Zudem laufen bereits die Vorbereitungen für die nächste Tarifrunde im TV-L. Hier werden die Forderungen Ende dieses Jahres festgelegt.

Gemeinsam mehr erreichen: Es gibt also viele Themen, die die Polizeiverwaltung aktuell bewegen – und dies ist nur ein Ausschnitt. Wir setzen uns mit Nachdruck für die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen ein und freuen uns über eure Hinweise, Fragen und Anregungen. Bleibt mit uns im Austausch – gemeinsam können wir viel erreichen!

# Mein Handy, mein Daumen – und die Strafprozessordnung

Von Wolfgang Bosbach

Unser Handy – genauer gesagt, ein Smartphone – ist nicht nur unser täglicher Begleiter, unverzichtbares Mittel für Information und Kommunikation, dank unzähliger Apps der Helfer in (fast) allen Lebenslagen und vieles mehr. Ihm vertrauen wir auch, mehr oder weniger bewusst, alle möglichen Daten und Informationen an. Darunter in einschlägigen Kreisen – so nennt man das wohl – auch Informationen, die für die Verhinderung und Aufklärung von Straftaten und/oder die Überführung von Straftätern von überragender Bedeutung sein können. Jeder aufmerksame Tatort-Zuschauer weiß: Wenn die Ermittler die Auswertung von Handydaten endlich in ihren Händen halten, ist bald Sonntagabend, 21.45 Uhr. Bei der Sicherstellung und Auswertung von Handydaten steht die digitale Forensik nicht nur vor rechtlichen, sondern nicht selten auch vor technischen Herausforderungen.

Rechtlich ist eine aktuelle Entscheidung des EuGH von Bedeutung, der erst vor wenigen Monaten entschieden hat, dass solche Daten auch für die Aufklärung leichterer Straftaten erlaubt, das heißt nicht unverhältnismäßig wären. Allerdings müsse die Zulässigkeit zuvor von einem Gericht überprüft werden. Was aber, wenn der Zugriff auf diese Daten nicht ohne Weiteres möglich ist, das Smartphone von den Sicherheitsbehörden nicht ohne Weiteres entsperren kann? Immer beliebter wird zur Entsperrung der Abdruck des Daumens. Wohlgermerkt: der Daumen des Nutzers. Und wenn selbiger sein Handy nicht entsperren und auswerten lassen möchte? Methode Erlkönig „Und bist Du nicht willig, so brauch’ ich Gewalt“? Jawoll, sagte jüngst das OLG Bremen, ohne allerdings zur Begründung auch noch J. W. Goethe zu zitieren, ein Hinweis auf die StPO genügt dem Senat. Das war nicht unbedingt zu erwarten, da zuvor lediglich untere Gerichte so geurteilt hatten. Einschlägig war wohl § 81b StPO. Der Fall: Hausdurchsuchung, Auffinden eines Mobiltelefons, Hausherr weigerte sich jedoch, das Gerät zu entsperren. Da schritt die Polizei zur Tat, genauer gesagt zum Daumen des Beschuldigten



Wolfgang Bosbach war im März 2023 zu Gast im Polizeipräsidium und Hauptredner unseres DPoIG-Symposiums „Deutschland im Krisenmodus und mit-tendrin die Polizei“.

© Daniel Bockwoldt

– Problem gelöst. Technisch unzweifelhaft, aber rechtlich? Alles ok, meinte das OLG. Es stütze seine Entscheidung auf die Formulierung „oder auch die Vornahme ähnlicher Maßnahmen“ in der oben erwähnten Vorschrift der StPO. Hinzu käme: Dieser Eingriff sei gegenüber der dauerhaften Speicherung eines Fingerabdrucks durch Ermittlungsbehörden sogar das mildere Mittel. Auch die Anfertigung einer sogenannten Fingeratruppe sei kein geringerer Eingriff – ganz im Gegenteil. Allerdings: Die Frage, ob die Daten auch ausgewertet werden dürften, sei eine andere. Es bleibt spannend. —

## Zur Person

Wolfgang Bosbach ist Kongresspräsident des Berliner Kongresses Wehrhafte Demokratie. Von 1994 bis 2017 war er Bundestagsabgeordneter und unter anderem von 2000 bis 2009 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und von 2009 bis 2015 Vorsitzender des Innenausschusses.

Quelle: [vdz.org](http://vdz.org). Der Nachdruck der Kolumne erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Wegweiser Media und Conferences GmbH.

## Tausende Ermittlungsverfahren wegen Kryptochats

Im Jahr 2020 hatten Polizeibehörden aus Frankreich und den Niederlanden in Kooperation mit Europol und Eurojust den verschlüsselten Messenger EncroChat gehackt und die Daten über Europol auch an deutsche Behörden weitergegeben. Grundlage hierfür war eine Europäische Ermittlungsanordnung (EEA) der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt/Main. In Deutschland wurden Tausende Ermittlungsverfahren aufgrund der Chats eingeleitet. Dürfen die Inhalte aus massenhaft abgehörten Kriminellen-Chats in Strafverfahren verwendet werden? In ihrem Urteil vom 9. Januar 2025 erklärten die Karlsruher Richter die Verwertung der abgehörten Gespräche für zulässig (Az.: 1 StR 54/24). In diesem Fall nutzten die Kriminellen die vermeintlich sichere Plattform Anom, die jedoch vom FBI übernommen worden war. Das FBI hatte Anom über 18 Monate betrieben. Ein internationaler Zusammenschluss von Ermittlungsbehörden konnte alle Nachrichten, die über die Plattform gesendet wurden, mitlesen. Im Juni 2021 holten die Ermittler zum Schlag aus und verhafteten 800 Kriminelle, davon mehr als 70 in Deutschland.

## Zukunft der Polizei Hamburg

# Die Zeit zum Handeln ist jetzt

Die JUNGE POLIZEI Hamburg wendet sich mit einem eindringlichen Appell an die politischen Entscheidungsträger der Freien und Hansestadt Hamburg. Nach wie vor hält Hamburg an der dreigeteilten Laufbahn und dem mittleren Polizeivollzugsdienst für die uniformierte Polizei fest. Dabei sinkt die Anzahl von Bewerberinnen und Bewerbern zusehends, sodass es der Einstellungsstelle der Polizei Hamburg zunehmend schwerfällt, nicht zuletzt aufgrund der mangelnden Attraktivität des mittleren Dienstes, das politisch geforderte und gebotene Einstellungsoll zu erreichen.

Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des mittleren Polizeivollzugsdienstes, beispielsweise die unmittelbare Ernennung der Nachwuchskräfte nach dem Abschluss der Laufbahnprüfung I zu Polizeiobermeisterinnen und Polizeiobermeistern und der Einweisung in die Besoldungsgruppe A 8 sind mehr als überfällig! Doch auch Anwärtersonderzuschläge und die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums, um sich das sehr teure Leben in unserer Stadt leisten zu können, lassen auf sich warten. Als wäre die schwierige Bewerberlage nicht schon herausfordernd genug, bleiben im Verlauf der zweieinhalbjährigen Ausbildung an der Akademie der Polizei bis zu 30 Prozent und mehr der eingestellten Nachwuchskräfte auf der Strecke und kommen niemals zur Unterstützung im Polizeivollzug an, obwohl sie dort händeringend benötigt werden. Perspektivisch zeichnen sich so die Gefahr eines massiven Personalmangels bei der Hamburger Polizei und somit eine Bedrohung der inneren Sicherheit unserer Stadt ab – denn auch bei der Polizei ist ohne Personal alles nichts! Die gesellschaftliche Verantwortung hierfür lässt sich aber nicht einfach so von der Politik auf die Polizei und insbesondere nicht auf die Akademie der Polizei abschieben. Verantwortung und Wertschätzung gegenüber denjenigen, die sich immer noch für den Beruf einer Polizistin/eines Polizisten entscheiden, sieht anders aus!



### Die JUNGE POLIZEI der DPoG Hamburg fordert:

- Die Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die uniformierte Polizei. Als erster Zwischenschritt die Schaffung von deutlich mehr Aufstiegsplätzen zum Studium für den gehobenen Polizeivollzugsdienst (LA II).
- Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Nachwuchskräfte der Polizei Hamburg für die Zeit von Ausbildung und Studium.
- Durchgreifende Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Nachwuchskräfte, beispielsweise die Übernahme der Kosten des Deutschlandtickets.

Vor wenigen Tagen hat sich die neu gewählte Hamburgische Bürgerschaft konstituiert. Die Personalsituation und die Nachwuchsgewinnung des öffentlichen Dienstes in Hamburg und dabei auch konkret der Hamburger Polizei sollte dringend auf die Tagesordnung gesetzt werden, denn die Zeit zum Handeln ist jetzt!

JUNGE POLIZEI

### Polizeinachwuchs

Ist es eigentlich überall so schwierig, Nachwuchs für die Polizei einzustellen? Nein, in Bayern nicht! Viele Bewerberinnen und Bewerber gehen im Rennen um eine Ausbildung oder ein Studium bei der Bayerischen Polizei leer aus. Für die Einstellung im März 2025 seien rund 5.600 Bewerbungen für die Ausbildung zur Polizeimeisterin oder zum Polizeimeister eingegangen, teilte das Bayerische Innenministerium mit. Das entspreche rund neun Bewerbungen auf eine Stelle. Auf einen Studienplatz für Polizeikommissarsanwärterinnen und -anwärter kamen demnach sogar etwa 15 Bewerbungen. „Der Polizeiberuf bleibt bei jungen Menschen sehr beliebt. Ich freue mich über den großen Zuspruch“, so Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU). Eingestellt wurden Anfang des Monats März rund 600 angehende Polizeimeisterinnen und Polizeimeister sowie 100 künftige Kommissarinnen und Kommissare.

Aktuell durchlaufen in Bayern rund 3.900 angehende Polizistinnen und Polizisten Ausbildung oder Studium.





# Immer wieder Thema bei der Polizei – Tattoos

Eine 33-Jährige darf Polizistin werden, obwohl sie zwei unübersehbare Tätowierungen an ihren Händen hat. Das entschied das Verwaltungsgericht Berlin (VG) Ende Februar dieses Jahres im Eilverfahren (Az.: VG 26 L 288/24). Die angehende Kollegin wollte beruflich neu starten und hatte sich um die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst bei der Berliner Kriminalpolizei beworben. Von dort kam jedoch eine Absage. Der Grund: Die Tätowierungen auf beiden Handrücken. Bei den Motiven handelt es sich um Rosenblüten mit den Namen ihrer Kinder. Dagegen ging sie juristisch erfolgreich vor. Zur Begründung führt das VG aus, das Tragen sichtbarer Tätowierungen einer Einstellung bei der Polizei nur entgegenstehen könne, wenn die Tattoos über das übliche Maß hinausgingen und wegen ihrer besonders individualisierenden Art geeignet seien, die amtliche Funktion der Beamtin oder des Beamten in den Hintergrund zu drängen. Die klare Erkennbarkeit der Motive und deren unkritischer Inhalt böten Bürgerinnen und Bürgern zudem keinen Anlass, über die persönlichen Überzeugungen der Antragstellerin als Privatperson zu spekulieren.

## Entscheidend ist das Motiv

Die Frage, ob Polizeibeamte in Deutschland tätowiert sein dürfen, beschäftigt seit Jahren immer wieder die Justiz. Zuletzt hat das Bundesverfassungsgericht über eine Verfassungsbeschwerde eines bayerischen Polizisten entschieden, der sich auf seinen Unterarm den Schriftzug Aloha stechen lassen wollte. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) sah darin einen Verstoß gegen das Bayerische Polizeigesetz. Karlsruhe bewertete das jedoch anders und urteilte, dass das BVerwG-Urteil den Polizisten in seinem Grundrecht verletze. Schlussendlich bekam der Mann für seine Tätowierung eine Genehmigung vom Bayerischen Innenministerium. Während Blumen oder der Groß Aloha nur harmlose Assoziationen wecken, die die Integrität von Polizisten nach Auffassung der Gerichte grundsätzlich nicht infrage stellen, sieht es bei gewaltverherrlichenden oder verfassungsfeindlichen Motiven anders aus. Das BVerwG hatte 2017 geurteilt, dass Tätowierungen, in denen eine Abkehr von den Prinzipien der Verfassungsordnung zum Ausdruck kommt, gegen die in Art. 33 Abs. 5 GG geforderte politische Treuepflicht des Beamten verstoßen und zu einer Entfernung aus dem Beamtenverhältnis führen müssen. Das VG Trier entschied im September 2022, dass ein Polizeibewerber für den gehobenen Polizeidienst charakterlich ungeeignet sei, weil sich über seinen gesamten Rücken der in der traditionellen „Old English“-Schriftart tätowierte Schriftzug „Loyalty, Honor, Respect, Family“ erstreckte.



© Pixabay

## Ruhestand\*

Folgende Kollegen sind zum **28. Februar 2025** in den Ruhestand gegangen:

### Schutzpolizei

PHK Jens Hüttmann	PK 17
PHK Michael Koch	VD 42
POK Thomas Girnth	PK 26

### Landeskriminalamt

KHK Jens Wrischke	LKA 14
PHK Guido Helmecke	LKA 18/P

Folgende Kollegin ist zum **31. März 2025** in den Ruhestand gegangen:

### Landeskriminalamt

POKin Susanne Müller	LBP 72
----------------------	--------

\* Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.

RUHESTAND

## Social-Media-Fundstück



### Instagram-Fundstück des Monats



© Valerie, SMT